

mitglieder im Wohngebiet auf treten, obgleich es im Beschluß des Politbüros heißt, daß eine stärkere und qualifiziertere Mitarbeit der Genossen in der Nationalen Front erforderlich ist.

Der Beschluß des Politbüros verpflichtet u. a. die Kreisleitungen, diese Arbeit zu überprüfen und für den planmäßigen Einsatz der Parteimitglieder durch Parteauftrag im eigenen Wohngebiet oder durch volle Wirksamkeit der Patenschaften der Betriebe zu sorgen.

Bei einigen Kreisleitungen, z. B. Lichtenberg und Köpenick, gibt es gute Ansätze zur Verwirklichung des Politbüro-Beschlusses. Sie haben in der Entschließung der Kreisdelegiertenkonferenz genau festgelegt, was geschehen muß. Das Büro der Kreisleitung Köpenick faßte jetzt den Beschluß, der die Grundorganisationen verpflichtet, qualifizierte Genossen in die Ausschüsse der Nationalen Front zu delegieren. Jedoch ist bei allen Kreisleitungen der Mangel vorhanden, daß sie ungenügend die Kontrolle der Durchführung des Politbüro-Beschlusses organisieren. Schon längst wäre es notwendig gewesen, daß eine Grundorganisation vor dem Büro der Kreisleitung darüber berichtet, was sie dazu tut, um die führende Rolle der Partei in der Nationalen Front zu verwirklichen.

### ... und aktiv mitarbeitet...

In der Beratung der Genossen im Wohngebiet 71, Prenzlauer Berg, kam zutage, daß von den im Wirkungsbereich wohnenden Genossen noch nicht einmal 20 Prozent aktiv in der Nationalen Front mitarbeiten. Selbst Genosse Theke, Parteisekretär im Kraftwerk Rummelsburg, sorgt nicht dafür, daß in seinem Wohnhaus die politische Auseinandersetzung stattfindet, obwohl dort Mitglieder der SPD wohnen. Es ist unvereinbar mit den Prinzipien der Partei, wenn man als Genosse die Interessen der Partei nur im Betrieb oder in anderen Dienststellen vertritt, aber im Wohngebiet den „Neutralen“ spielt. Solche aktiven Mitarbeiter in der Nationalen Front, wie Genosse Schmutzler, Schubert und Werner, üben außerdem sehr verantwortliche Funktionen in Staat und Wirtschaft aus. Genossen der Parteileitung des Wohngebietes bemängelten, daß es ihnen kaum möglich ist, das politische Wirken der Genossen im Wohngebiet richtig einzuschätzen. Zwar gibt die Gesamtmitgliederversammlung einen guten Überblick, wenn regelmäßig alle Genossen daran teilnehmen, jedoch sollten die Genossen aus den Betrieben von sich aus den Wohnbezirksparteiorganisationen ständig Hinweise geben, z. B. über die Durchführung von Hausversammlungen, über die Ergebnisse ihres Auftretens, über die politische Stimmung der Bevölkerung usw. Es ist eine gute Sache, daß Genossen von sich aus Versammlungen und Aussprachen organisieren, aber es ist nicht richtig, wenn sie darüber nichts verlauten lassen. Die Parteiorganisationen brauchen alle Erfahrungen der Genossen, um daraus Schlußfolgerungen für die weitere Führung des politischen Kampfes zu ziehen. In diesem Zusammenhang ist den Betrieben zu sagen, daß sie ihren Einfluß auf das Wohngebiet noch stärker geltend machen müssen. Es gibt in einigen Berliner Betrieben Schwierigkeiten, die sozialistische Arbeitsmoral durchzusetzen. Wie wäre es, wenn die Patenbetriebe ihrem Wirkungsbereichsausschuß vorschlagen würden, Versammlungen mit Frauen, Jugendlichen usw. zu organisieren, in denen Funktionäre der Betriebe, besonders auch der Baubetriebe, ihnen an Beispielen erläutern, was Bummelstunden und krankfeiern mit der Verbesserung des Lebensstandards zu tun haben?